

"Europa - wohin?" in Die Presse (29. März 1996)

Quelle: Die Presse. 29.03.1996. Wien.

Urheberrecht: (c) Die Presse

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"europa_wohin_"_in_die_presse_29_marz_1996-de-841ea604-cd7a-4730-a491-5b24a6c0a6e9.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Europa - wohin?

VON WOLFGANG BÖHM

Es liegt in der Natur der Sache, daß sowohl in der Wirtschaft wie in der Politik nach einem stetigen Fortschritt von Zeit zu Zeit auch nach einer Reform verlangt wird. Die Gesellschaft und das Umfeld verändern sich, deshalb können auch unsere politischen und wirtschaftlichen Institutionen nicht gleichbleiben. Auch der Europäischen Union bleibt dieses Schicksal nicht erspart. Sie muß mit der Zeit gehen und sich verändern.

In Turin startet eine Regierungskonferenz, die sich mit der Reform und der Zukunft der EU beschäftigen soll. Das Umfeld ist ein anderes geworden: Die mittel- und osteuropäischen Staaten fordern ihre Einbindung. Der internationale Wettkampf der drei großen Wirtschaftsblöcke - Japan, USA und Europa - hat härtere Züge angenommen. Und auch intern muß das eine oder andere geschehen: Der Entscheidungsprozeß, die Organe und die Bürokratie der EU brauchen - wie es in der modernen journalistischen Sprache heißt - einen „Relaunch“.

Die EU-Regierungskonferenz wird sich aber nicht nur mit dem Notwendigen, sondern auch mit wichtigen Herausforderungen befassen müssen. Das Notwendige ist, einfach zusammengefaßt, die Reform der Institutionen, die Stärkung der eigenen Glaubwürdigkeit und eine Antwort auf die wachsenden Bedürfnisse der Menschen nach Sicherheit und Beschäftigung. Die Herausforderungen sind eine politische Union, eine Verteidigungsgemeinschaft, die Osterweiterung und eine Öffnung der inneren Grenzen. Beides, das Notwendige und die Herausforderungen, hängen eng zusammen. Und es erscheint schon heute als größte Gefahr dieser Konferenz, daß sie nicht einmal auf das erstgenannte ausreichende Antworten findet.

Skeptiker befürchten, es werde schon bei der Reform der EU-Institutionen zu einem vorprogrammierten Streit um Macht und Einfluß kommen. Die Glaubwürdigkeit wiederum könnte bei der Diskussion über eine effizientere Entscheidungsfindung (Mehrheitsentscheidungen) an ihre Grenzen stoßen. Und bei dem Kapitel Beschäftigung/Arbeitsmarkt ist kaum mehr zu erwarten als die schon in den vergangenen Monaten produzierte heiße Luft.

Allerdings ist es noch zu früh, die Flinte ins Korn zu werfen. Immerhin ist den meisten Regierungen der Ernst der Lage bewußt. Und schließlich waren auch bei den vorhergehenden Regierungskonferenzen noch immer Kompromisse ausgehandelt worden, die zumindest einen teilweisen Erfolg ermöglichten.

Selbst wenn aber das Notwendige erledigt ist, müssen noch die Herausforderungen angegangen werden. Für die Osterweiterung der Union hat sich zwar ein historisches Fenster geöffnet. Mit einem Umbruch in Moskau könnte sich dieses Fenster jedoch wieder schließen. Ähnlich ist die Situation bei der Sicherheitspolitik. Denn die EU sollte eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bereits aufgebaut haben, bevor schwelende Konflikte - etwa in den ehemaligen Sowjetrepubliken - voll ausgebrochen sind. In erster Linie muß aber den mittel- und osteuropäischen Staaten, die sich derzeit noch in einem sicherheitspolitischen Vakuum befinden, ein Anker geboten werden.

Die Regierungskonferenz steht somit vor der schwierigen Aufgabe, mehr erledigen zu müssen, als bloß Antworten auf die aktuellen Defizite und Probleme zu finden. Sie wird nicht daran vorbeikommen, sich auch einer in mehrfacher Hinsicht unsicheren Zukunft zu stellen. Und vor allem hier wird es nur zu Entscheidungen kommen, wenn die 15 Mitgliedsstaaten endlich das gemeinsame Verantwortungsbewußtsein über die nationalen Interessen stellen.